

Antrag

Hannover, den 03.11.2020

Fraktion der FDP

Erwartungen der EU-Ratspräsidentschaft erfüllen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Vor dem Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 ist die weitere Negativentwicklung der COVID-19-Situation nicht absehbar; es ist jedoch zu vermuten, dass die derzeitige Situation bis zum Jahresende und damit bis zum Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nicht überstanden sein wird, geschweige denn eine Entscheidung zur Wiederaufnahme persönlicher Treffen in Brüssel realistisch wäre. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist für Niedersachsen und Deutschland zu wichtig, um in Bedeutungs- und Tatenlosigkeit zu verschwinden. Die Gesellschaft, und die Politik insbesondere, dürfen nicht in einer Schockstarre verharren, Prozesse verlangsamen und auf Lösungen warten lassen. Es reicht nicht aus, sich in den sechs Monaten, die Deutschland für grundlegende Veränderungen und Verbesserungen zur Verfügung stehen, ausschließlich auf „prioritäre Themen“ zu beschränken.

Weiterhin sind Prioritäten grundsätzlich subjektiv und geben keine Sicherheit zur Allgemeingültigkeit. Neben dem EU-Haushalts- und Wiederaufbaupaket gibt es eine Vielzahl weiterer Themen auf der Agenda, die sich durchaus digital und virtuell diskutieren und beschließen lieÙen.

Seit Jahren wird eine zunehmende Digitalisierung auch für die EU-Ebene gefordert. Heute sollten wir wenigstens so weit sein, auf EU-Ebene Sitzungen digital abhalten zu können, um Bürgerinnen und Bürger, unsere Wirtschaft und weitere Beteiligte nicht virusbedingt im Stich zu lassen und damit die Erwartungen an die zeitlich begrenzte deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu enttäuschen. Probleme müssen angegangen, Entscheidungen getroffen und Beschlüsse gefasst werden. Auch wenn die Corona-Situation eine unerwartete und schwerwiegende Lage bedeutet, dürfen so wichtige Themenbereiche in so kurzer verfügbarer Zeit nicht in diesem Maße vernachlässigt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Ebene des EU-Rates unverzüglich in hohem Maße (auch öffentlichkeitswirksam) dafür einzusetzen, dass die Themenagenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mindestens digital/virtuell weiter bearbeitet wird und Ergebnisse weiterhin erarbeitet sowie Beschlüsse gefasst werden.

Begründung

Laut *dpa*-Meldung vom 26.10.2020 wird die Zahl der Treffen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel wegen der hohen Corona-Infektionszahlen auf das „unbedingt erforderliche Maß“ zurückgefahren. Auch virtuelle Sitzungen würden laut Mitteilung auf „prioritäre Themen“ beschränkt. Persönlich würden nur noch Treffen stattfinden, „die für das Funktionieren der EU oder zur Koordinierung der COVID-19-Krisenreaktion notwendig sind. Dazu gehören z. B. auch die laufenden Verhandlungen über das EU-Haushalts- und Wiederaufbaupaket.“ Laut Yahoo AFP mt/ck 26.10.2020 finden im EU-Rat „jede Woche normalerweise dutzende Treffen von Experten der Mitgliedstaaten statt. Sie bereiten Entscheidungen der EU und die Sitzungen der Minister vor.“ Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft endet nach sechs Monaten zu Ende Dezember 2020.

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 03.11.2020)